

sehe Außenpolitik gekommen. Daran stimmt, daß vor allem Herr Brandt eine geradezu hektische Aktivität entfaltete, um die aggressive Politik der Bonner Regierung als eine Politik des Friedens und der Entspannung an den Mann zu bringen.

Genosse Walter Ulbricht hat diese Bonner „neue Ostpolitik“ erst wieder in seiner Rede vor den Absolventen der Militärakademie am 17. Oktober 1968 kurz und treffend charakterisiert: Diese Konzeption stelle nichts anderes dar, als eine spezifische Erscheinungsform der imperialistischen Globalstrategie der USA und der Strategie der flexiblen Reaktion⁴, angepaßt an die konkreten Bedingungen in Europa. In der Zielstellung unterscheide sich die „neue Ostpolitik“ in nichts von der alten Adenauer-Politik. Bonn gehe es um die Wiedererrichtung eines imperialistischen Europa.

Angesichts des steten politischen und ökonomischen Wachstums der sozialistischen Staaten und ihrer militärischen Stärke, vor allem der militärischen Macht der Sowjetunion, sahen sich die Imperialisten der USA und Westdeutschlands gezwungen, den Zeitplan und die Methoden ihrer Expansionspolitik zu ändern. Anstelle des Frontalangriffs gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten sollte nun versucht werden, mittels ideologischer Diversion in die sozialistischen Länder einzudringen, sie aufzuspalten und von innen heraus zu zersetzen.

Nicht einmal das Erfinderrecht für diese sogenannte „neue Ostpolitik“ gebührt den Brandt und Wehner. Franz Josef Strauß, der Vertrauensmann des westdeutschen Rüstungskapitals, hat bereits in seinem Buch „Entwurf für Europa“ das Konzept der Bon-

ner „neuen Ostpolitik“ und ihre konterrevolutionäre Zielsetzung dargelegt. Es gehe darum, durch Einwirkung auf die sozialistischen Länder „in einem langfristigen Prozeß dafür zu arbeiten, daß diese Länder wieder Bestandteil Europas wenigstens erst einmal in dem Sinne werden, wie es die Bezeichnung Zwischen-europa ausdrückt ... Eine solche Politik der gesamteuropäischen Auflockerung kann nur Schritt für Schritt zum Erfolg führen. Während dieser Periode müssen wir die ost- und südosteuropäischen Völker durch kulturelle und wirtschaftliche Bedingungen stärker an Westeuropa heranziehen: durch Jugend- und Akademikeraustausch, durch Tourismus, Sportveranstaltungen und viele andere passende Mittel.“

Den SP-Ministern hat das westdeutsche Monopolkapital dabei die Rolle von Vorreitern der Konterrevolution übertragen. Die Spekulation der Großkapitalisten und ihrer CDU/CSU war ganz einfach: Mit alten Nazis und Kriegsverbrechern wie Kiesinger, Lübke u. a. läßt sich in den sozialistischen Ländern in keinem Fall etwas erreichen; vielleicht aber gelingt es mit Hilfe sozialdemokratischer Minister, die revanchistische Alleinvertre-

tungsmaßnahme durchzusetzen, in die DDR und die anderen sozialistischen Länder einzudringen und unter der Flagge des Sozialdemokratismus Türen für den westdeutschen Imperialismus aufzubrechen. Getragen vom Antikommunismus und blind für die Realitäten unserer Zeit, gingen die rechten sozialdemokratischen Führer daran, den Bürgern der sozialistischen Staaten — wie sie es seit den Tagen der Novemberrevolution im eigenen Lande tun — die Möglichkeit eines dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus vorzugaukeln. Nur eine „Kleinigkeit“ sollte in Vergessenheit geraten: Gerade die Politik sozialdemokratischer Führer seit 50 Jahren und insbesondere der Weg der westdeutschen Sozialdemokratie seit 1945 haben bewiesen, daß dieser angebliche dritte Weg schnurstracks ins Lager des Imperialismus führt.

Aber mit der Hilfsaktion der verbündeten sozialistischen Staaten für die CSSR am 21. August 1968 hat auch diese als „neue Ostpolitik“ getarnte Variante der imperialistischen Expansionspolitik eine schwere Niederlage erlitten. Bleibt nur festzustellen, daß dies voll und ganz auch die Niederlage der SP-Minister ist.

Blutspender für die CDU/CSU

Wie aber sehen nun die „Leistungen“ der SP-Minister auf innenpolitischem Gebiet aus? Tatsache ist, daß die SP-Minister die Sozialdemokratische Partei als Blutspender für die CDU/CSU hergaben. Tatsache ist auch, daß es der Reaktion nur mit Hilfe sozialdemokratischer Minister möglich war, die Notstands-diktaturgesetze und andere Gesetze zur staatsmonopolistischen Zwangsformierung durchzusetzen.

Mit zwei Argumenten vor allem versuchen Brandt und die anderen SP-Minister, der Unzufriedenheit sozialdemokratischer Mitglieder mit der Politik der Regierung Kiesinger/Strauß/Brandt/Wehner zu begegnen. Die Regierungsbeteiligung sozialdemokratischer Minister habe das Schlimmste verhütet: sie habe die neonazistische Entwicklung gebremst und die Wirtschaft aus der Krise herausgeführt.